



David Meller

Der institutionelle
Gläubigerschutz
in der Europäischen
Privatgesellschaft (SPE)



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	23
I. Entwicklungsstadien der Europäischen Privatgesellschaft (SPE)	23
II. Verfahren für den Erlass der SPE-Verordnung	25
III. Zielsetzung einer supranationalen Gesellschaftsform für kleine und mittlere Unternehmen	27
IV. Grundkonzeption der Verordnungsentwürfe	28
V. Gegenstand der Untersuchung	30
1. Kapitel: Mindestkapital als Gründungsvoraussetzung der SPE	33
§ 1 Begriffsbestimmung	34
§ 2 Die Bedeutung des Mindestkapitals für den Gläubigerschutz in geschlossenen Gesellschaften	36
A. Funktionen eines gesetzlichen Mindestkapitals	37
1. Vermögensbindende Funktion	37
2. Ordnungspolitische Funktion	38
B. Kritische Würdigung des gesetzlichen Mindestkapitals	40
1. Kein effektiver Gläubigerschutz durch Vermögensbindung	40
2. Mindestkapital als Seriositätsschwelle	42
§ 3 Entwicklung des Mindestkapitalerfordernisses bei der französischen SARL	44
A. Bedeutungsverlust des Mindestkapitals als Gläubigerschutzinstrument	44
B. Gründe für die Aufgabe des Mindestkapitals	45
C. Erfahrungen aus der Aufgabe des Mindestkapitalerfordernisses	47
1. Gesellschaftsgründungen mit einem Stammkapital unter € 7500	48
2. Höhe des Stammkapitals bei SARL Neugründungen	49

3. Ausfall und Liquidation von SARL mit Stammkapital unter € 7500	52
4. Zusammenfassung der Ergebnisse	53
§ 4 Das Mindestkapital im Gemeinschaftsrecht	54
A. Bisherige gemeinschaftsrechtliche Gesetzgebung und Rechtsprechung	55
1. Zweite Richtlinie zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts	55
2. Mindestkapital der Societas Europaea (SE)	57
3. Rechtsprechung des EuGH	59
4. Zwischenergebnis	61
B. Das Mindestkapitalerfordernis in den Entwürfen zur SPE-Verordnung	61
1. Kommissionsentwurf	62
2. Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments	63
3. Kompromissvorschlag des Rates	64
§ 5 Stellungnahme zum Mindestkapitalerfordernis bei der SPE	65
A. Kein Mindestkapital bei Gesellschaftsgründung	65
B. Anreizstruktur für eine angemessene Eigenkapitalausstattung	66
1. Problematik der Unterkapitalisierung geschlossener Gesellschaften	67
2. Konzeption eines unternehmensgenerierten Stammkapitals?	68
3. Stärkung des Stammkapitals als finanzielles Signal	70
§ 6 Zusammenfassung der Ergebnisse zum Mindestkapitalerfordernis der SPE	72
2. Kapitel: Kapitalaufbringung	75
§ 1 Kapitalaufbringung der GmbH	75
A. Bareinlagen	76
B. Sacheinlagen	77
C. Die Verantwortlichkeit der Gesellschafter im Zusammenhang mit der Kapitalaufbringung	78
§ 2 Kapitalaufbringung der SARL und SAS	81
A. Bareinlagen	82
B. Sach- und Dienstleistungseinlagen	83
C. Die Verantwortlichkeit der Gesellschafter im Zusammenhang mit der Kapitalaufbringung	86
§ 3 Kapitalaufbringung der Limited	88
A. Barzahlungen	88
B. Sach- und Dienstleistungseinlagen	89

C. Die Verantwortlichkeit der Gesellschafter im Zusammenhang mit der Kapitalaufbringung	91
§ 4 Kapitalaufbringung in der SPE	94
A. Privatautonome oder gesetzliche Ausgestaltung der Einlagepflicht	94
1. Unterschiedliche Ansätze der Vergleichsrechtsordnungen	94
2. Bedeutung der Einordnung	95
3. Regelungsansatz für die SPE	97
B. Einlagefähigkeit und Bewertung von Einlagegegenständen	98
1. Bareinlagen	98
a. Einlageleistung	99
(1) Zeitpunkt der Einlageleistung	99
(2) Volleinzahlungsgebot	101
b. Nachweis der Einzahlung	102
(1) Art der Nachweispflicht	103
(2) Bestätigung der Einzahlung durch die Anteilseigner	104
2. Sacheinlagen	104
a. Leistung der Einlage	105
(1) Vorschlag der CREDA Arbeitsgruppe	106
(2) Leistung unmittelbar nach Eintragung	106
b. Bewertung der Einlagegegenstände	108
3. Dienstleistungen als Einlagegegenstände	111
a. Zulässigkeit von Dienstleistungen als Einlagegegenstände	111
b. Sondervorschriften für Dienstleistungseinlagen	113
C. Die Verantwortlichkeit der Anteilseigner für die Kapitalaufbringung	114
1. Verweis auf das Recht der Mitgliedstaaten im Kommissionsentwurf	114
a. Reichweite des Verweises	115
b. Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung	116
(1) Gründe für den Verweis auf das nationale Recht der Mitgliedstaaten	116
(2) Normierung gesellschaftsrechtlicher Haftungstatbestände	117
2. Ausgestaltung gesellschaftsrechtlicher Haftungsvorschriften in der SPE-Verordnung	118
a. Haftungsstruktur	118
(1) Verantwortlichkeit für die vereinbarte Einlagenleistung	118
(2) Innenhaftung der Anteilseigner	119
b. Regelungsbedürftige Tatbestände	121

(1) Differenzhaftung	121
(2) Ausfallhaftung	123
(a) Keine implizite Ausfallhaftung im Kommissionsentwurf	123
(b) Gesamtverantwortlichkeit der Anteilseigner für das Stammkapital	124
D. Besonderheiten der Kapitalerhöhung	125
1. Anwendbarkeit nationalen Rechts auf das Kapitalerhöhungsverfahren	126
a. Satzungsmäßiger Verweis auf mitgliedstaatliche Rechtsvorschriften	126
b. Keine notarielle Beurkundungspflicht nach nationalem Recht	127
2. Regelungsbedürftigkeit der nominellen Kapitalerhöhung?	128
a. Besonderheiten der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	128
b. Nominelle Kapitalerhöhung nur gegen bilanzierte Rücklagen	129
§ 5 SPE-Vorgesellschaft und Handelndenhaftung	130
A. SPE-Vorgesellschaft	131
1. Keine SPE-Vorgesellschaft im Kommissionsentwurf	132
2. Notwendigkeit einer SPE-Vorgesellschaft?	133
B. Handelndenhaftung nach Art. 12 SPE-VOE-KOM	135
1. Begriff des „Handelnden“	135
a. Juristische Personen	135
b. Natürliche Personen	136
2. Übernahme der Verpflichtung durch die SPE	137
a. Zustimmungserfordernis der Vertragsgläubiger?	138
(1) Keine Schutzbedürftigkeit	138
(2) Vertragliche Schutzmöglichkeiten	138
b. Modalitäten der Verpflichtungsübernahme	139
(1) Zeitliche Begrenzung für die Übernahme?	139
(2) Zuständigkeit für die Verpflichtungsübernahme durch die SPE	140
C. Haftung für Vorgründungsverbindlichkeiten nach dem Kompromissvorschlag	141
§ 6 Zusammenfassung der Ergebnisse zur Kapitalaufbringung	142

3. Kapitel: Vermögensbindung und Kapitalausschüttungen	143
§ 1 Ausschüttungssperren im Recht der GmbH	143
A. Auszahlung von Gesellschaftsvermögen	144
B. Rechtsfolgen unzulässiger Auszahlungen	146
§ 2 Ausschüttungssperren im französischen Kapitalgesellschaftsrecht	148
A. Auszahlung von Gesellschaftsvermögen	148
B. Rechtsfolgen unzulässiger Auszahlungen	150
§ 3 Ausschüttungssperren im englischen Kapitalgesellschaftsrecht	151
A. Auszahlung von Gesellschaftsvermögen	152
B. Rechtsfolgen unzulässiger Auszahlungen	154
§ 4 Ausschüttung von Gesellschaftsvermögen in der SPE	155
A. Ausschüttungsbegriff	155
1. Definition der Ausschüttung im Kommissionsentwurf	156
2. Einschränkung des Ausschüttungsbegriffs bei bilanziell neutralen Rechtsgeschäften?	157
B. Formelle Voraussetzungen der Ausschüttung	158
1. Vorschlag der Geschäftsleitung	158
a. Das Vorschlagsrecht als Ausdruck eines weiten Leitungsbegriffs im Kommissionsentwurf	158
b. Anspruch der Anteilseigner auf Dividendenzahlungen	160
2. Entscheidung der Anteilseigner	161
a. Ausschüttungsbeschluss	161
b. Auszahlung von Zwischendividenden	162
3. Formelle Ausschüttungsbestimmungen im tschechischen Kompromissvorschlag	163
a. Vorschlag der Geschäftsleitung keine formelle Voraussetzung für Kapitalausschüttung	164
b. Zwischendividenden nur nach Anfertigung von Zwischenbilanzen	165
C. Materielle Voraussetzungen der Ausschüttung	165
1. Mandatorischer Bilanztest	165
a. Bewertungsgrundlagen nach dem Kommissionsentwurf	166
(1) Begriffsbestimmung: „Vermögensgegenstände“ und „Schulden“	166
(a) Vermögenswerte	168
(b) Schulden	168
(2) Problematik unterschiedlicher Bewertungsansätze	170
b. Ausführung des Bilanztests nach dem Kommissionsentwurf	170

(1) Zielkonflikte mitgliedstaatlicher Rechnungslegungsansätze	171
(a) Ausrichtung der Rechnungslegung nach dem Vorsichts- bzw. Informationsprinzip	171
(b) Fehlende Eignung von IFRS als Ausschüttungssperre	173
(2) Anwendbare Rechnungslegung	175
(a) Konkretisierung des Bilanztests in der SPE-Verordnung	175
(b) Internationale Ansätze zur Anpassung des Bilanztests	176
(c) Übernahme von Bewertungsansätzen in den Bilanztest	177
c. Ansatz des tschechischen Kompromissvorschlages zum Bilanztest	178
(1) Keine Ausschüttung des Stammkapitals und gebundener Rücklagen	178
(2) Begrenzung der Ausschüttung auf erzielte Gewinne	179
d. Zusammenfassung und Stellungnahme	180
2. Fakultativer Solvenztest	181
a. Die Solvenzbescheinigung als Bestandteil des Kapitelerhaltungssystems der SPE	181
(1) Ziele und Konzeption des Liquiditätsschutzes	182
(a) Zielparameter von Solvenztests	183
(b) Bilanzielle Grundlage des Liquiditätsschutzes	184
(2) Anreizstruktur für einen freiwilligen Solvenztest	185
(a) Negativanreize eines satzungsmäßigen Solvenztests	185
(b) Positivanreize eines satzungsmäßigen Solvenztests	186
b. Materieller Inhalt der Solvenzbescheinigung	187
(1) Anforderungen und Elemente des Solvenztests	187
(a) Ermittlung der Zahlungsfähigkeit anhand eines Finanzplans	188
(b) Regelung von Bewertungsfragen in der Satzung	190
(2) Einjährige Zahlungsfähigkeitsprognose	192
(a) Bestimmung eines sachgerechten Prognosezeitraums ..	192
(b) Berücksichtigung längerfristiger Verbindlichkeiten	193
c. Anfertigung und Veröffentlichung des Solvenztests	194
(1) Unterzeichnung der Solvenzbescheinigung durch die Geschäftsleitung	194

(a) Solvenzbescheinigung als „Erklärung“ der Geschäftsleitung	195
(b) Unterschrift aller Geschäftsleiter	196
(2) Beschluss der Anteilseigner und Veröffentlichung der Bescheinigung	196
(a) Solvenzbescheinigung als Grundlage des Ausschüttungsbeschlusses	197
(b) Veröffentlichung der Solvenzbescheinigung	197
d. Haftung bei unrechtmäßig ausgestellten Solvenzbescheinigungen	198
(1) Anteilseigner	199
(2) Geschäftsleitung	199
(a) Haftungsgrund	199
(b) Haftungsumfang	200
(c) Haftungsadressaten	201
3. Solvenzbescheinigung als Option der Mitgliedstaaten	202
a. Der Solvenzttest im tschechischen Kompromissvorschlag	202
b. Stellungnahme	202
4. Kombination von Bilanz- und Solvenzttest als Ausschüttungssperre bei der SPE	204
5. Exkurs: Verbot der Ausschüttung statutarisch gesperrter Rücklagen nach dem Kommissionsentwurf	206
D. Rechtsfolgen unzulässiger Ausschüttungen	207
1. Rückzahlungsanspruch der SPE	208
a. Rechtsnatur und Beteiligte des Erstattungsanspruches	208
(1) Rechtsnatur	208
(2) Anspruchsberechtigter	209
(3) Anspruchsgegner	209
b. Gegenstand der Ausgleichspflicht und Fortdauer bei Wegfall des Erstattungsgrundes	210
(1) Gegenstand der Ausgleichspflicht	210
(2) Fortbestand des Erstattungsanspruchs bei Veränderung der Vermögens- bzw. Liquiditätslage der SPE	211
(a) Verstoß gegen Art. 21 Abs. 1 SPE-VOE-KOM	212
(b) Verstoß gegen Art. 21 Abs. 2 SPE-VOE-KOM	212
2. Privilegierung der gutgläubigen Anteilseigner	213
a. Legitimation der Privilegierung	213
b. Erstattungsspflicht bei Gutgläubigkeit der Anteilseigner	214

4. Kapitel: Interessenkonflikte und Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	217
§ 1 Interessenkonflikte	217
A. Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten	217
B. Kreditverträge zwischen Geschäftsleitung und SPE	218
§ 2 Geschäftsvorfälle mit nahe stehenden Unternehmen und Personen ...	220
A. Begriffsbestimmung	220
B. Bekanntmachung von Geschäftsvorfällen	221
C. Regelungszuständigkeit der Anteilseigner	222
5. Kapitel: Erwerb eigener Anteile	223
§ 1 Verbot der Zeichnung eigener Anteile	223
§ 2 Voraussetzungen des Erwerbs	224
A. Volleinzahlung und Verbot der „Keinmann-SPE“	224
1. Volleinzahlungsgebot	225
2. Unzulässigkeit der Keinmann-SPE	225
B. Anwendbarkeit der Ausschüttungsvorschriften	226
1. Bilanz- und Solvenzttest beim Erwerb eigener Anteile	226
2. Rückforderung von Anteilen durch die Anteilseigner	227
§ 3 Rechtliche Behandlung eigener Anteile	228
A. Nicht geldliche Rechte	229
1. Ruhende Mitwirkungsrechte aus der SPE-Verordnung	229
2. Ruhende Mitwirkungsrechte aus der Satzung	229
B. Geldliche Rechte	230
1. Keine Aussetzung geldlicher Rechte im Kommissionsentwurf	230
2. Aussetzung geldlicher Rechte nach dem tschechischen Kompromissvorschlag	231
§ 4 Rechtsfolgen des unrechtmäßigen Erwerbs	232
A. Anwendungsbereich des Veräußerungs- und Lösungsgebots	232
1. Originärer und derivativer Erwerb eigener Anteile	233
2. Auslösende Tatbestände	234
B. Veräußerung und Löschung der Anteile	234
1. Veräußerung der zu Unrecht gehaltenen Anteile	235
2. Löschung der zu Unrecht gehaltenen Anteile	236
§ 5 Das Halten eigener Anteile als Ausnahmeregelung	237
6. Kapitel: Kapitalherabsetzung	239
§ 1 Ausführung der Kapitalherabsetzung	239
A. Anwendbarkeit der Ausschüttungsvorschriften bei Kapitalherabsetzungen	240

1. Verweis auf die Ausschüttungsvorschriften im Kommissionsentwurf	240
2. Verweis auf die Ausschüttungsvorschriften im tschechischen Kompromissvorschlag	241
3. Regelung des Solvenztests bei Kapitalherabsetzungen	242
4. Bedeutung des Solvenztests bei Kapitalherabsetzungen	242
B. Beschlussfassung durch die Anteilseigner	243
1. Beschlussvorlage	244
2. Inhalt des Kapitalherabsetzungsbeschlusses	244
C. Benachrichtigung bekannter Gläubiger über den Herabsetzungsbeschluss	245
1. Benachrichtigungspflicht in den Vergleichsrechtsordnungen	245
2. Benachrichtigungspflicht in der SPE	246
§ 2 Antragsrecht der Gesellschaftsgläubiger und Sicherheitsleistung	247
A. Antrag auf Sicherheitsleistung nach dem Kommissionsentwurf	247
1. Antrag beim zuständigen Gericht	248
2. Berechnung der Antragsfrist	248
B. Antrag auf Sicherheitsleistung nach dem tschechischen Kompromissvorschlag	249
1. Antrag auf Sicherheitsleistung bei der SPE	249
2. Verpflichtung der SPE zur Leistung von Sicherheiten	250
3. Antrag auf Sicherheitsleistung bei Gericht	250
C. Anordnung der Sicherheitsleistung durch das Gericht	250
1. Gefährdete Forderung	251
2. Glaubhaftmachung	252
§ 3 Wirksamwerden der Kapitalherabsetzung	252
A. SPE ohne Gläubiger	252
1. Wirksamwerden nach dem Kommissionsentwurf	252
2. Wirksamwerden nach dem tschechischen Kompromissvorschlag	253
B. Gläubiger stellen keinen Antrag auf Sicherheitsleistung	253
1. Wirksamwerden nach dem Kommissionsentwurf	253
2. Wirksamwerden nach dem tschechischen Kompromissvorschlag	255
C. Gläubiger stellen Antrag auf Sicherheitsleistung	255
1. Wirksamwerden nach dem Kommissionsentwurf	255
2. Wirksamwerden nach dem tschechischen Kompromissvorschlag	256
§ 4 Deklaratorische Eintragung und Bekanntmachung	256
A. Deklaratorische Eintragung	257

B. Bekanntmachung	257
§ 5 Besonderheiten der nominellen Kapitalherabsetzung	257
A. Nominelle Kapitalherabsetzung im Kommissionsentwurf	258
B. Nominelle Kapitalherabsetzung im tschechischen Kompromissvorschlag	259
7. Kapitel: Die SPE in der Unternehmenskrise	261
§1 Pflichten der Geschäftsleitung im Vorfeld der Insolvenz	261
A. Allgemeine Geschäftsleiterpflichten	262
B. Mögliche Ansätze für ein Krisengesellschaftsrecht der SPE	264
1. Begriffsbestimmung „Krise“	264
2. Besondere Geschäftsleiterpflichten im Zusammenhang mit der Unternehmenskrise	265
a. Krisenerkennung durch formalisierte Risikovorsorge?	265
b. Einberufung einer Anteilseignerversammlung und Vorbereitung von Sanierungskonzepten bei Feststellung der Krise	267
3. Zeitliche Bestimmung des Kriseneintritts	269
a. Verlust des hälftigen Stammkapitals?	270
b. Empirische Kennzahlensysteme nach österreichischem Vorbild?	271
c. Situative Krisenmerkmale und prognostische Überschuldung	272
§2 Pflichten der Anteilseigner im Vorfeld der Insolvenz	274
A. Anteilseignerbeschluss über Auflösung der SPE	274
1. Beschlussfassungspflicht der Anteilseigner	275
2. Entscheidung über Auflösung oder Fortsetzung?	276
B. Folgen des Fortsetzungsbeschlusses	277
1. Indikatoren erfolgreicher Sanierung	277
2. Rechtsfolgen erfolgloser Sanierung	279
3. Verantwortlichkeit für Gesellschaftsvermögen in der Unternehmenskrise?	280
C. Zusammenfassung	281
8. Kapitel: Die SPE in der Insolvenz	283
§1 Insolvenzzrechtliche Einzelregelungen in der SPE-Verordnung?	283
§2 Insolvenzhaftung der Geschäftsleitung	286
A. Europarechtliche Vorarbeiten zu einer Insolvenzverschleppungshaftung	286
B. Ansätze für eine Insolvenverschleppungshaftung bei der SPE	287

C. Anforderungen an einer gemeinschaftsrechtlichen	
Insolvenzverschleppungshaftung	290
1. Ermittlung des pflichtenauslösenden Zeitpunkts	291
2. Haftungsmaßstab	291
3. Umfang der Erstattungspflicht	292
§3 Konkurrenz zur nationalen Insolvenzhftung	292
Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen	295
Literaturverzeichnis	299